

Fact sheet

Studie „SOZIALE ARBEIT MACHT GESELLSCHAFT“

Rahmenbedingungen der Studie

- Die Studie „SOZIALE ARBEIT MACHT GESELLSCHAFT“ ist die zweite Erhebung der Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit seit Ausbruch der Corona-Pandemie.
- Die erste Erhebung im April 2020 zeigte Veränderungen in professionellen Handlungsweisen und sich verschärfende Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit.
- Die zweite Befragungswelle von Beschäftigten (**keine** Ehrenamtlichen) in der Sozialen Arbeit erfolgte wieder online zwischen 9. November und 6. Dezember 2020.
- 3.064 Teilnehmende
- Die Studie ist **nicht** repräsentativ, weil die Beschäftigtenzahl in der Sozialen Arbeit bisher unbekannt ist.

Betriebliche Arbeitsbedingungen

- Die meisten Einrichtungen der Sozialen Arbeit sind geöffnet (89,8%) anders als im ersten Lockdown (59,3%).
- Die Nachfrage nach Angeboten der Sozialen Arbeit steigt im Empfinden der Beschäftigten in nahezu allen Handlungsfeldern, besonders stark in der Arbeit mit Menschen in prekären Lebenslagen (z.B. Wohnungslosenhilfe) oder der Sozialen Arbeit mit älteren Menschen (z.B. Sozialdienst in Alten- und Pflegeeinrichtungen).
- **Ergebnis: Zusätzlich zu einer hohen Öffnungsquote der Einrichtungen Sozialer Arbeit steigt auch die Nachfrage, was zu einer höheren Arbeitsbelastung führt.**

Arbeitsumgebung

- Die Zahl der Adressat*innen pro beschäftigter Person nimmt bei mehr als einem Viertel der Befragten (35%) zu.
- 28,9% der Befragten müssen entsprechend länger als vertraglich vereinbart arbeiten.
- Die Einhaltung von Schutzmaßnahmen wird bei fast der Hälfte der Befragten (46,4%) **nicht** durch die Leitungskräfte überprüft.
- Vielmehr wird die Einhaltung der Schutzmaßnahmen meistens durch die Teammitglieder (80,3%) erbracht, was zusätzliche Aufgaben im Alltag mit sich bringt.
- Nur bei einem Drittel der Befragten (31,4%) wurden die gesetzlich festgeschriebenen Gefährdungsbeurteilungen aktualisiert. Bei insgesamt 68,6% der Befragten ist der Status der Gefährdungsbeurteilung unklar oder wurde nicht aktualisiert -> Hintergrund der Gefährdungsbeurteilung: Gefährdungsbeurteilungen beschreiben den Prozess der systematischen Ermittlung und Bewertung aller relevanten Gefährdungen, denen die Beschäftigten im Zuge ihrer beruflichen Tätigkeit ausgesetzt sind. Hinzu kommen die Ableitung und Umsetzung aller zum Schutz der Sicherheit und der Gesundheit erforderlichen Maßnahmen, die anschließend hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüft werden müssen. In diesen Prozess müssen die Arbeitnehmer*innen in Form einer Anhörung eingebunden werden (EU-Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaft 89/391/EWG).
- 78,4% der Befragten geben an, dass aufgrund der vorhandenen Schutzausrüstung (z.B. Desinfektionsmittel) der Betrieb der Einrichtung nicht reduziert werden muss. Besonders schlechte Werte haben in dieser Frage die Kinder- und Jugendhilfe (75,2%), die Elementarbildung (74,6%) sowie die Schulsozialarbeit (75,4%).

- 84,1% der Befragten können im Alltag persönliche Schutzausrüstung wie FFP2-Masken tragen, weil 42,1% den Abstandsempfehlungen **nicht** nachkommen können (z.B. in Kindertagesstätten oder Wohnheimen für Menschen mit Beeinträchtigung). Das bedeutet aber auch: 15% tragen keine persönliche Schutzausrüstung, obwohl noch nicht mal jede zweite beschäftigte Person den Mindestabstand einhalten kann. Hier überraschen die Untersuchungsergebnisse von AOK, Barmer und Techniker zur unterschiedlichen Gefährdung von Berufsgruppen zur Corona-Erkrankung nicht: Demnach sind Beschäftigte der Sozialen Arbeit mit am stärksten von Corona-Erkrankungen betroffen gewesen.
- Darüber hinaus hat sich der fachliche Austausch zwischen den Beschäftigten völlig verändert (75,4%). Dieser ist beispielsweise im Jugendamt während Maßnahmen zur Abwendung von Kindeswohlgefährdungen in Form eines Fachteams gesetzlich (SGB VIII) festgelegt, immens wichtig und wird jetzt oftmals nicht mehr eingehalten.
- **Ergebnis: Der Schutz der Beschäftigten gelingt in der Sozialen Arbeit nur unzureichend, obwohl die Beschäftigten einem extrem großen Ansteckungsrisiko (keine Möglichkeit zur Einhaltung des Mindestabstands etc.) ausgeliefert sind. Im Gegenteil wird die Überwachung der Schutzmaßnahmen noch an die Beschäftigten delegiert, so dass die Arbeitsbelastung zusätzlich steigt.**

Physische und psychische Arbeitsbedingungen

- Insgesamt wurden bei 11,1% der Befragten ein ärztlich festgestelltes höheres Risiko für einen schweren Verlauf einer COVID-19-Erkrankung attestiert. Diese betroffenen Beschäftigten bleiben weitgehend ohne Unterstützung: 18,4% der Befragten müssen sogar ohne zusätzliche Schutzmaßnahmen arbeiten, weil die jeweiligen Arbeitgeber*innen ihnen keine andere Wahl lassen, und die Mehrheit der Beschäftigten in einer Risikogruppe organisiert sich selbst oder im Team Schutzmaßnahmen (66,3%).
- Betrachtet man alle Befragten, zeigt sich, dass die Arbeitsverdichtung in der Pandemie zunimmt und sich Arbeitsabläufe vollständig verändern (88,6%):
 - Die verbliebenen Beschäftigten müssen zusätzlich die Aufgaben von jenen Kolleg*innen übernehmen, die wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Risikogruppe oder wegen einer tatsächlichen Erkrankung nicht anwesend sind.
 - Durch die gewachsene Nachfrage müssen Beschäftigte mehr Angebote möglich machen oder mehr Adressat*innen parallel begleiten (24,8%).
- Im Ergebnis fühlen 62,1% der Beschäftigten belastet oder sogar extrem belastet.
- Insofern verschlechtern sich aus Sicht von jedem Zweiten die Arbeitsbedingungen.
- Daher denken 29,9% über einen Stellenwechsel und 16,2% sogar über einen Berufswechsel nach.
- **Ergebnis: Die Beschäftigten in der Sozialen Arbeit werden zerrieben zwischen den eigenen Qualitätsansprüchen und den Vorgaben von außen, die weitgehend nicht den professionellen Standards entsprechen. Diese Diskrepanz versuchen die Beschäftigten zum Wohl der Adressat*innen durch hohes persönliches Engagement auszugleichen. Jetzt sehen wir: Die Kräfte der Beschäftigten neigen sich dem Ende.**

Arbeitsmodus und Folgen für Adressat*innen

- Durch den zunehmenden Druck und die steigende Nachfrage berichten Befragte, dass sie Hilfen früher als üblich beenden (13,3%).

- Gleichzeitig nimmt die Zahl der Kontakte zu Adressat*innen über alle Handlungsfelder hinweg bei mehr als jeder zweiten befragten Person ab (53,9%). Eine gefährliche Entwicklung, und das nehmen die Befragten auch so wahr.
- Dazu kommt die durch Schutzmaßnahmen veränderte Art der Interaktion: Insgesamt sehen die Befragten die Schutzmaßnahmen für das Arbeitsbündnis mit den Adressat*innen negativ (74,4%).
- In den offenen Antworten (n=2404) fokussieren die Befragten auf den Umstand, dass durch die Schutzmaßnahmen Adressat*innen verunsichert oder überhaupt nicht mehr erreicht würden.
- Die These der verunsicherten Adressat*innen wird im quantitativen Teil der Befragung gestützt: Hier geben 38,6% der Befragten an, dass seit Ausbruch der Corona-Pandemie die Adressat*innen häufig oder sehr häufig Termine absagen – besonders häufig in der Kinder- und Jugendhilfe mit 46,8%.
- 71,5% der befragten Beschäftigten geben an, dass die Problemlagen der Adressat*innen während der Corona-Pandemie deutlich zugenommen haben.
- Jede zweite befragte Person geht darüber hinaus von einem gestiegenen Armutsrisiko bei den Adressat*innen aus (57,2 %).
- **Ergebnis: 24,8% der Befragten geben an, dass sie für mehr Adressat*innen als vor Ausbruch der Corona-Pandemie zuständig sind. Gleichzeitig verschlechtern die Schutzmaßnahmen die Interaktion mit den Adressat*innen (74,4%), die in der Wahrnehmung der Beschäftigten allerdings in sich verschärfenden Lebensumständen befinden.**

Soziale Arbeit **MACHT** Gesellschaft

- Jede*r von uns kann oder ist mit Sozialer Arbeit konfrontiert.
- Aktuell mindestens 5 Millionen Adressat*innen
- Die 1 bis 2 Millionen Beschäftigten der Sozialen Arbeit erziehen, bilden, beraten, informieren, fördern, begleiten oder werden präventiv tätig in der Rehabilitation, in Einrichtung des Strafvollzugs, in Kindertagesstätten, im Hort, in der Schule, im Jugendhaus, in der Verhinderung von Wohnungslosigkeit, in der aufsuchenden Arbeit mit drogensüchtigen Menschen, in Frauenhäusern, in Inobhutnahmestellen, in den Sozialdiensten von Krankenhäusern oder Alten- und Pflegeeinrichtungen, in Wohnformen für Kinder und Jugendliche, in der Arbeit mit Menschen mit Beeinträchtigung, in der Schuldnerberatung, in der Arbeit mit Asylsuchenden und Migrant*innen, in der Arbeit mit arbeitslosen Menschen, bei Scheidungen, in Jugendämtern, in der Jugendgerichtshilfe, in der Kinderkrippe, in der Vormundschaft, in der Quartiersarbeit, in der Ausstiegshilfe oder auf Ferienfreizeiten.
- ÜBERALL ist Soziale Arbeit und macht unsere Gesellschaft.
- Es wird Zeit, dass die Arbeitsbedingungen besser werden, denn die verschärften Arbeitsbedingungen kommen bei uns allen in der Gesellschaft an.

Publikation

Meyer, N. & Alsago, E. (2021). Soziale Arbeit in der Corona-Pandemie: Arbeiten am Limit? Ein empirischer Beitrag zur Lage der Beschäftigten aus professionstheoretischer Perspektive. *Sozial Extra*, in Begutachtung/peer review.

Kontakt:

Prof. Dr. Nikolaus Meyer (nikolaus.meyer@sw.hs-fulda.de oder 0176 240 918 50)